



Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft

Zusammenfassung

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wurde 1948 in Göttingen auf Betreiben der britischen Alliierten aus den Trümmern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) gegründet. Von ihr übernahm sie den Zweck Forschung durch den Betrieb eigener Institute zu fördern. Die KWG war 1911 gegründet worden und hatte rasch großes Renommee erlangt. Wegen ihrer Kollaboration mit dem NS-Regime drängten die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg auf ihre Auflösung. Um das wissenschaftliche Kapital der KWG zu sichern und in demokratische Strukturen zu überführen, wurde die Max-Planck-Gesellschaft gegründet. Sie nahm bis 1960 sukzessive Institute und das Vermögen der KWG auf. Danach erlebte sie eine Phase des Wachstums und entwickelte sich zur führenden Forschungseinrichtung, die ihre Arbeit dem Rahmen gesellschaftspolitischer Veränderungen und Herausforderungen immer wieder anpasste.

Die Gründung der Max-Planck-Gesellschaft 1945 – 1948

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) wurde 1948 in Göttingen als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) gegründet. Diese existierte seit 1911 und galt als wichtigste und bedeutendste Organisation für Grundlagenforschung ihrer Zeit. Die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft hatten bei den Siegermächten jedoch Zweifel an der moralischen Integrität der KWG hinterlassen. Viele KWG-Institute waren für kriegswichtige Forschungsaufgaben in Dienst genommen worden, einzelne Wissenschaftler hatten grundlegende ethische Regeln der Wissenschaften verletzt, ja, waren ideologische Weggefährten des Nationalsozialismus gewesen. Der letzte Präsident Albrecht Vögler hatte angesichts des Einmarsches amerikanischer Truppen Selbstmord begangen. Die Organisation als ganze hatte den Verlust ihrer Unabhängigkeit und die Preisgabe ihrer Ideale in einem Ausmaße erlitten, dass ein Neuanfang dringend geboten schien.

Hinzu kam, dass die Situation vieler Kaiser-Wilhelm-Institute infolge des Krieges chaotisch und unklar war: Die meisten Institute waren verlagert oder beschädigt und personell ausgeblutet. Wie das öffentliche Leben in Deutschland, so stand auch die Wissenschaft vor einem Neuanfang. Für die Mitarbeiter der KWG gelang dieser durch die Gründung der Max-Planck-Gesellschaft. Sie wurde möglich durch die Bereitschaft der Alliierten, vor allem der Briten, das Erbe der KWG für die Zukunft zu sichern, aber auch durch die moralische Integrität einzelner Wissenschaftler.

Max Planck, der der KWG von 1930 bis 1937 als Präsident vorgestanden hatte, erklärte sich im Juli 1945 trotz seines hohen Alters von 87 Jahren bereit, noch einmal das Amt des Präsidenten der KWG zu übernehmen und die Gründung einer neuen Gesellschaft zu begleiten. Planck willigte auch ein, die neue Gesellschaft nach ihm zu benennen. Der international bekannte Name des Nobelpreisträgers, der im Jahr 1900 mit der Quantentheorie die physikalische Forschung revolutioniert hatte, repräsentierte die vom NS unbelastete deutsche Spitzenforschung. Früh einigte man sich darauf, dass der Chemiker Otto Hahn Präsident der neuen Max-Planck-Gesellschaft werden solle.

Schon im September 1946 war mit Hahn als Präsident ein erster Verein „Max-Planck-Gesellschaft“ gegründet worden, der jedoch nur für die britische Zone Gültigkeit hatte. Eine breite Akzeptanz der neuen Gesellschaft durch alle westlichen Siegermächte fehlte aber noch. Das wurde im Laufe des nachfolgenden Jahres erreicht und mündete in die Gründung der heutigen Max-Planck-Gesellschaft am 26. Februar 1948 in Göttingen. Auch diese Gesellschaft umfasste allerdings zunächst nur die Institute der zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden britischen und amerikanischen Besatzungszone. Erst nach der Gründung der Bundesrepublik traten im Oktober und November 1949 schließlich auch die in der französischen Besatzungszone gelegenen früheren KWG-Institute der Max-Planck-Gesellschaft bei, und es dauerte noch weitere vier Jahre, bis 1953 auch die ehemaligen Berliner Institute in die MPG überführt werden konnten.

Konstituierung 1948 – 1960

Auf die Zeit der mühsamen Gründung aus den Trümmern der KWG folgten die Aufbaujahre. Spiegelbildlich zum Aufbau des föderativen Staatswesens der jungen Bundesrepublik entwickelte sich die MPG nun von der Basis her, aus den Initiativen der einzelnen Institute und der sie leitenden Wissenschaftler heraus. Die MPG war - im Gegensatz zur einstigen KWG - von Beginn an ganz auf die öffentliche Finanzierung ihrer Institute angewiesen. Der föderativen Struktur der Bundesrepublik entsprechend oblag es zunächst allein den Ländern, im Rahmen ihrer Kulturhoheit die Max-Planck-Gesellschaft mit den nötigsten finanziellen Mitteln auszustatten. Da die MPG aber für die Gesamtheit ihrer Institute handelte, waren die Länder gezwungen, ihre Bemühungen um die Sicherstellung der Finanzierung miteinander abzustimmen.

So kam es am 24. März 1949, zwei Monate vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland, zu einer bemerkenswerten, bis heute die Forschungspolitik Deutschlands prägenden Übereinkunft. Die Kultus- und Finanzminister der (damals) 11 Länder und Westberlins einigten sich im „Königsteiner Abkommen“, auf ein finanzielles Regime, das eine gemeinsame und alleinige Zuständigkeit der Länder für die Forschungsförderung festschrieb, und, die dauerhafte institutionellen Förderung von Forschungseinrichtungen wie etwa der Max-Planck-Gesellschaft als staatliche Aufgabe anerkannte.

Die Sicherung ihrer Autonomie war für die Max-Planck-Gesellschaft von Beginn an ein zentrales Anliegen. Weitaus intensiver als zu Zeiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde in dieser Neugründungs- und Aufbauphase unter der Präsidentschaft von Otto Hahn die Autonomie der Grundlagenforschung angemahnt. Nicht nur, dass die Zeit in der nationalsozialistischen Diktatur die politische Gefährdung der Freiheit der Forschung, ihre leichte Verwundbarkeit aber auch ihren Wert aufgezeigt hatte. Auch das anfänglich als restriktiv empfundene Besatzungsstatut beförderte und erleichterte die Konzentration auf die primär erkenntnisorientierte Grundlagenforschung.

Unter der Präsidentschaft von Otto Hahn ging die Max-Planck-Gesellschaft in den 50er Jahren dann zunehmend zur Normalität über, sie begann (eigene) neue Institute zu gründen und errichtete ab 1951 die ersten Neubauten. Es waren die Jahre der fortschreitenden Reintegration der deutschen Forschung in das internationale, nunmehr entscheidend von den USA dominierte wissenschaftliche Umfeld, verbunden mit zunehmender Stabilität sowohl in wissenschaftlicher als auch finanzieller Hinsicht. Erfolgreich etablierte die Max-Planck-Gesellschaft neue Forschungsschwerpunkte wie Verhaltensphysiologie, Zellchemie, Aeronomie und Astrophysik, Kern- und Plasmaphy-

sik oder entwickelte bereits vorhandene zukunftsweisende Forschungsbereiche wie die Virusforschung oder die physikalische Chemie weiter. Auch konnte die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland Schritt für Schritt ausgebaut werden. Besonders hoffnungsvoll stimmte dabei die Aufnahme erster Kontakte zwischen Wissenschaftlern der Max-Planck-Gesellschaft und des israelischen Weizmann-Instituts im Jahre 1959.

Diese Entwicklung schlug sich auch in den Haushalts- und Beschäftigtenzahlen der Max-Planck-Gesellschaft nieder. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung, 1948, umfasste sie bei einem Haushaltsvolumen von etwa 7 Millionen (ca. 3,6 Mio. Euro) 25 Institute und Forschungsstellen. Als Otto Hahn im Juni 1960 das Präsidentenamt an Adolf Butenandt übergab, zählte die Max-Planck-Gesellschaft 40 Institute und Forschungseinrichtungen bei insgesamt rund 2600 Beschäftigten, davon 750 Wissenschaftlern, und hatte einem Jahresetat von knapp 80 Millionen DM (ca. 40,9 Mio. Euro).

Ausbau und Etablierung 1960 – 1989

Die 60er Jahre brachten der MPG eine beispiellose Phase des Aufschwungs. Innerhalb von sechs Jahren, also bis 1966, erhöhte sich die Zahl ihrer Forschungseinrichtungen auf 52 und die Zahl der Neugründungen verdoppelte sich nahezu. Der Haushalt der MPG wuchs innerhalb einer Dekade, bis 1970, auf mehr als 400 Millionen DM (ca. 204,5 Mio. Euro) an. Unter diesen Bedingungen entstanden neue große Forschungszentren von internationalem Zuschnitt in der Biochemie, der biophysikalischen Chemie, der molekularen Genetik, der Immunbiologie, der biologischen Kybernetik und der Zellbiologie. Neue aufwändige Forschungsrichtungen in der Physik und der Chemie wurden mit interdisziplinärer und internationaler Ausrichtung aufgegriffen und dazu Institute im Bereich der Radioastronomie, der optischen Astronomie, der Weltraumforschung und der Festkörperforschung gegründet.

Auch die Geisteswissenschaften, die bis dahin eine eher stiefmütterliche Behandlung erfahren hatten, hielten in diesen Jahren stärker Einzug in das Forschungsspektrum der MPG. Auf rechtswissenschaftlichem Gebiet wurden Institute zur europäischen Rechtsgeschichte, zum Strafrecht sowie zum Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht gegründet, und die Sozialwissenschaften fanden mit der Gründung der Institute für Bildungsforschung und für die Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt Aufnahme in den Leistungskatalog der MPG.

Verstärkt wandte sich die Max-Planck-Gesellschaft auch ihrem Verhältnis zu den Hochschulen und dem internationalen Wissenschaftlertausch zu. Mehr und mehr rückte die Nachwuchsförderung in den Blick. So gründete die MPG bereits 1969 mit dem Friedrich-Miescher-Laboratorium in Tübingen die ersten selbstständigen Nachwuchsgruppen. Auch in ihren internen Strukturen versuchte die Gesellschaft, dem wachsenden und sich fortentwickelnden Forschungsbetrieb Rechnung zu tragen. In einer ersten Satzungsreform wurde 1964 das Prinzip der kollegialen Institutsleitung eingeführt.

In einer weiteren großen Satzungsreform reagierte die MPG 1972 auf die von den Studentenprotesten akzentuierten Reformbestrebungen der bundesdeutschen Gesellschaft in der ihr eigenen Weise: Mit der Einsetzung eines ständigen Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung wurden Schritte zur Etablierung einer

strategischen Entwicklungsplanung der Max-Planck-Gesellschaft eingeleitet. Den Wissenschaftlern unterhalb der Leitungsebene der Institute räumte die Satzung nunmehr Mitwirkungsrechte ein, sowohl an der Entwicklung ihres jeweiligen Institutes als auch bei der Max-Planck-Gesellschaft als Ganzes. Die Leitungsfunktion der Institutsdirektoren wurde zeitlich begrenzt, und mit der Einsetzung von vornehmlich international besetzten Fachbeiräten wurden bereits zu dieser Zeit wesentliche Elemente der regelmäßigen Evaluation von Max-Planck-Instituten durch Außenstehende eingeführt.

Mit den beginnenden 70er Jahren musste die MPG aber auch lernen, dass die Grenzen des Wachstums erreicht waren und neue Handlungsspielräume nicht im Vertrauen auf überproportionale Haushaltssteigerungen zu gewinnen sein würden, sondern nur durch kluge Forschungsstrategien. Der Physiker Reimar Lüst hatte im Sommer 1972 das Präsidentenamt von Adolf Butenandt übernommen und sollte es bis 1984 bekleiden. In dieser Zeit wurden 20 Institute beziehungsweise (selbstständige) Institutsabteilungen geschlossen und rund 550 Personalstellen für andere Forschungsaktivitäten umgewidmet. Institutsgründungen waren nur noch durch Umwidmungen oder durch Schließungen an anderer Stelle möglich. Der Neustrukturierung und thematischen Schwerpunktverlagerung ganzer Institute anlässlich des Ausscheidens von Direktoren fiel größere Beachtung zu, was jedoch das Aufgreifen neuer innovativer Forschungsthemen mit sich brachte. Die Institute für Arbeitsphysiologie und Virusforschung erhielten neue Ausrichtungen auf Systemphysiologie beziehungsweise Entwicklungsbiologie. Elf Institute konnten neu gegründet werden. Im Bereich der Biologisch-Medizinischen Sektion kamen die Gebiete Endokrinologie, Neurologie, Psychologie und Psycholinguistik neu hinzu. Die Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion erweiterte sich um Institute für Mathematik, Meteorologie, Quantenoptik, Strahlenchemie und Polymerforschung, die Geisteswissenschaftliche Sektion um die Institute für psychologische Forschung, Gesellschaftsforschung und Sozialrecht.

Außerdem wurden neue Formen der Forschungsförderung wie die Einrichtung zeitlich befristeter Forschungsgruppen, insbesondere auf dem Gebiet der klinischen Forschung sowie von Projektgruppen, eingeführt und die Beteiligung an Großforschungsprojekten wie beispielsweise an BESSY, EISCAT oder IRAM nahm zu.

Auch dehnte die Max-Planck-Gesellschaft in den 70er Jahren ihre internationalen Aktivitäten weiter aus. 1974 konnte mit der Chinesischen Akademie der Wissenschaften ein erster Wissenschaftlertausch vereinbart werden, zunächst mündlich. Das 1978 nachfolgende schriftliche Abkommen bildet noch heute eine wesentliche Grundlage für die deutsch-chinesischen Wissenschaftsbeziehungen. Ferner erhielten die Institute in jenen Jahren verstärkt zusätzliche Mittel, um ihre unmittelbaren weltweiten Kontakte ausbauen zu können.

Erst gegen Ende der 80er Jahre gelang in der Finanzierungsfrage ein Durchbruch. Die Regierungschefs des Bundes und der Länder setzten im Dezember 1989 beim sogenannten Bildungsgipfel ein deutliches Signal für die bevorzugte Förderung von wissenschaftlicher Exzellenz und die finanzielle Planungssicherheit bei den beiden Spitzenorganisationen der Grundlagenforschung. Fünf Jahre lang sollten die Haushalte der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft jährlich um fünf Prozent wachsen. Der MPG sollte dieser Mittelaufwuchs primär den Aufbau von drei neuen Instituten ermöglichen, nämlich auf dem Gebiet der Informatik sowie der marinen und der terrestrischen Mikrobiologie. Wenngleich ihr hierfür keine neuen Stellen zugewiesen wurden, war es damit erstmals möglich, in allen Bundesländern mit mindestens einem Max-Planck-Institut vertreten zu sein.

Die moderne MPG. Ausbau nach der Wiedervereinigung 1990-2011

Als Präsident Staab im Sommer 1990 sein Amt an den Juristen Hans F. Zacher übergab, zeichnete sich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ab. So unvorhersehbar dies die Jahre zuvor gewesen war und so unvorbereitet es Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft letztlich traf, so gewaltig veränderten sich die Handlungsnotwendigkeiten innerhalb nur weniger Monate. Zeitgleich setzte der beschleunigte europäische Einigungsprozess die nationalen Forschungskontexte unter Anpassungsdruck. Für die Max-Planck-Gesellschaft war die deutsche Vereinigung Herausforderung und Chance zugleich. Das bedeutete insbesondere den Aufbau von neuen Instituten. Die MPG wollte mit einem Drittel – gemessen am Gesamtvolumen – in den neuen Ländern vertreten sein.

Neben diesem langfristig angelegten Institutsgründungsprogramm ergriff die MPG aber auch sofort Maßnahmen zur Förderung der Forschung im Ostteil. Sie konzipierte und finanzierte zunächst 27 Arbeitsgruppen für fünf Jahre und erleichterte deren Integration in die Hochschulen durch eine zusätzliche Projektförderung. Sie errichtete ferner zwei befristete Außenstellen von bestehenden Max-Planck-Instituten und nahm sieben geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte befristet in ihre Betreuung auf. Bis 1998 kam es dann auch zur Gründung von 18 Instituten, einem Teilinstitut und einer Forschungsstelle.

Das rasante Wachstum der Max-Planck-Gesellschaft in den östlichen Bundesländern war allerdings begleitet von dem Zwang zu Einsparungen auf westdeutschem Gebiet. Bereits in der Amtszeit von Präsident Zacher kam es zur Schließung ganzer Abteilungen und zum Verzicht auf Berufungen im Westen. Mit ihrem "Föderalen Konsolidierungsprogramm" legten Bund und Länder der Gesellschaft die Verpflichtung auf, innerhalb weniger Jahre etwa 11 Prozent ihrer Planstellen - 740 Stellen - einzusparen. Die Zuwächse im Finanzhaushalt der Max-Planck-Gesellschaft flossen nahezu vollständig den neugegründeten Instituten zu.

Präsident Hubert Markl, der im Sommer 1996 sein Amt angetreten hatte, sah sich daher gezwungen, den Konsolidierungskurs seiner Vorgänger unter verschärften Bedingungen fortsetzen zu müssen. Die Gesellschaft entschied sich 1997 für die Schließung von vier Instituten, dem Gmelin-Institut sowie den Instituten für Zellbiologie, Verhaltensphysiologie und Biologie, außerdem zu einer Teilschließung im Institut für Aeronomie.

Die Präsidentschaft Hubert Markls stand über seine Amtszeit hinweg ganz im Zeichen der Parallelität von Ressourcendruck einerseits und Erneuerungschancen andererseits. Mit der weiteren Umsetzung des Aufbauprogramms in den ostdeutschen Instituten korrespondierte ein wachsender Erneuerungsbedarf in den westdeutschen Instituten infolge einer steigenden Zahl von Nachfolgeberufungen. Programme wurden konzipiert und eingeleitet mit dem Ziel, neue Akzente in der Zusammenarbeit mit Universitäten, zwischen Max-Planck-Instituten sowie auf ausgewählten Forschungsgebieten zu setzen. In der Folge erweiterten Institutsübergreifende Forschungsinitiativen, Tandem-Projekte zwischen der patientenorientierten klinischen Forschung und der Grundlagenforschung in Max-Planck-Instituten sowie Max-Planck-Forschungsgruppen an Universitäten das Förderspektrum der Gesellschaft.

Mit der Nachwuchsförderung, etwa durch die Einführung des gemeinsam mit den Universitäten betriebenen Doktorandenausbildungsprogramms der "International Max Planck Research Schools", und der Verstärkung internationaler Kontakte durch die wechselseitige Einrichtung von Nachwuchs- und Partnergruppen bildeten sich zwei funktionale Schwerpunkte dieser Aktivitäten heraus.

Die Veränderungen im institutionellen Förderspektrum fanden in diesen Jahren ihre Entsprechung in einer erhöhten personellen Rekrutierungsdynamik. Zwei Drittel aller Institutsdirektoren der Max-Planck-Gesellschaft wurden in der sechsjährigen Amtszeit Markls neu berufen, davon allein 44 an Institute in den neuen Bundesländern. Damit konnten 54 der insgesamt 66 geplanten Direktorenstellen in den ostdeutschen Instituten in diesen Jahren besetzt werden. Mit der Bereitstellung des letzten Institutsneubaus im Jahre 2006 kann der Aufbau Ost als abgeschlossen gelten.

Von 1991 bis 2002 hat die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern allein etwa 530 Millionen Euro in den Bau und die Ausstattung neuer Institutsgebäude investiert. In den neuen Instituten, die über ein jährliches Haushaltsvolumen von etwa 200 Millionen Euro verfügen, waren 2002 mehr als 3.400 Mitarbeiter beschäftigt, davon etwa 1.730 auf Planstellen. Etwa 58 Prozent der bis 2002 an diese Institute berufenen Direktoren stammen aus dem Ausland.